

Kurz und Kogler kungeln

Österreich Die schwarz-grüne Koalition ist im Werden. Wird sie ein Prototyp für ganz Europa?

■ Franz Schandl

Es sind die Voraussetzungen gut, und die Bedingungen werden entsprechend hergerichtet. Es wird noch etwas dauern, auch wenn das Ergebnis wohl schon feststeht. Erstmals wird es in Österreich zu einer schwarz-grünen Koalition kommen. Die Wahrscheinlichkeit steigt von Woche zu Woche. Die von Sebastian Kurz türkisi gefärbte Volkspartei hat sich nicht nur schnell auf exklusive Gespräche mit den Grünen festgelegt, sie möchte dieses Modell offenbar als europäischen Prototyp für sich veranschlagen.

Ähnliches gilt für die Grünen unter ihrem Parteichef, Werner Kogler. Schnell waren die Misstöne aus dem Wahlkampf abgelegt, aktuell streut man sich nur noch Rosen. Man betont zwar die Schwierigkeiten, lobt aber immerzu die ausgezeichnete Atmosphäre. Ob die Grünen dieses Bündnis auf Bundesebene durch- und überstehen, wird sich weisen, aber dass sie wollen, ist augenscheinlich. Schließlich koalieren Grüne schon in vier Bundesländern mit der ÖVP und in lediglich einem (Wien) mit den Sozialdemokraten. Die schwarz-grünen Allianzen in Westösterreich funktionieren weitgehend frictionsfrei.

Aus dem Frischen schöpfen

Ganz verschwunden ist das Zerrbild der Grünen als Chaoten-Truppe. Jahrelang wurde von der ÖVP das rot-grüne Chaos beschworen, nun ist diese Chiffre sang- und klanglos untergegangen. Wer sollte es auch noch glauben? Was immer man von den Grünen halten mag, sie sind auf jeden Fall die mit Abstand seriöseste und unbescholtenste Kraft am politischen Markt, weitgehend korruptionsfrei und auch, was Ämter- und Postengeilheit betrifft, nicht im unglücklichsten Vordergrund angesiedelt. Es wird sowieso genug abfallen für die jetzt noch wenig in den Staatsapparaten verankerte Ökonomie. Während die SPÖ gezwungen ist, Parteigestellte zu entlassen, werden die Grünen in den nächsten Monaten kräftig aufrüsten können. Qualifizierte Leute gibt es genug.

Die Grünen haben noch dazu einen ungemainen Vorteil, sie müssen auf alteingesessene Bürokratien keine Rücksicht nehmen, sondern können, weil sie 2017 aus



ÖVP und Grüne, passt das wohl? Die Öffentlichkeit pfercht sie eh schon zusammen

dem Nationalrat geflogen sind und dabei den gesamten Parlamentsapparat und den Großteil des Bundesparteiparats verloren haben, nun völlig aus dem Frischen schöpfen. Der Mangel an Erfahrung sollte nicht überschätzt werden, außerdem haben sie mit Kogler, dem letzten verbliebenen Recken aus der Gründergeneration von 1986, einen, der eine Unmenge an Erfahrung konzentriert und diese, gestärkt durch den Wahlerfolg, auch auszuspielen versteht.

Passen Kurz und Kogler also gut zusammen? Das ist gar nicht die primäre Frage. Man wird sie sowieso zusammenprüfen. Dieser Eindruck entstand bereits am Wahlabend. Fast alle medialen Kommen-

tare bestärken diese Sicht. Die Koalition wird regelrecht eingetrommelt. Kurz und Kogler würden sich schwer tun, diesem Druck zu entfliehen, aber das wollen sie ohnehin nicht. Die Bevölkerung ist inzwischen mehrheitlich für ein Bündnis zwischen der Volkspartei und der Ökonomie. Auch unter Grün-Wählern ist es eine satte Mehrheit. Das ging zweifellos rasch. Es ist davon auszugehen, dass die Verhandlungen schon weiter gediehen sind, als ÖVP und Grüne in der Öffentlichkeit preisgeben. Sie selbst wollen das Gesetz des Handels nicht verlieren und den Zeitpunkt bestimmen, wo Medium und Publikum informiert werden. Die Message Control funktioniert.

Auch wenn stets Inhalte beschworen werden, hat man doch den Eindruck, als ginge es in erster Linie darum, das Gesicht zu wahren. Es herrscht schlicht Pragmatismus. An und für sich betrachtet spricht auch wenig gegen dieses Bündnis, schon gar nicht die Programmatik, die notfalls situationselastisch aufbereitet wird, damit zusammenfindet, was sich finden möchte. Wir haben es hier mit keiner hybriden Konstellation zu tun.

Kleineres Übel

Werner Kogler betont ausdrücklich, dass die Konservativen fast dreimal so stark sind wie die Grünen. Das soll etwaigen Ent-

täuschungen vorbeugen. In beiden Parteien ist jedenfalls nicht mit Widerständen oder gar Turbulenzen zu rechnen. Hervorgehoben wird zwar immer wieder, wie schwierig es sei, die doch auseinander liegenden Positionen zu einem Regierungsprogramm zu verdichten, doch das ist eher der Rhetorik als der Realität geschuldet. Man wird können, weil wollen. Die Grünen wollen an die Regierung und die Türkisen wollen ihre Macht und ihren Einfluss in dieser weiter ausbauen. Das ist vereinbar.

Die Grünen wollen regieren, die Türkisen wollen ihre Macht

Wer nun meint, die Grünen verkaufen sich zu billig, der irrt. Der von Sebastian Kurz zu bezahlende Preis ist deren Marktpreis. Mehr gibt es nicht, und Kogler weiß das auch. Daher ist Tiefstapeln angesagt. Dieses „Ohne uns wäre die FPÖ an der Regierung“ wird reingehen. Das hat zwar überhaupt keine Perspektive, aber unmitteilbar, solange auf der Ebene des kleinsten Übels gedacht wird, einiges an Überzeugungskraft. So geht einmal mehr die Zukunft in der Verantwortung unter. Aber solange nichts anderes in Sicht ist, ist das selbe in Grün zweifellos eine Attraktion.

Was der Prototyp so hergibt oder anrichtet, wird genau zu beobachten sein. Noch sind die Konturen recht diffus. Der bulgarische Politologe Ivan Krastev meint, dass österreichische Modell könnte als Koalition der Generationen zum „Laboratorium für ganz Westeuropa werden“. Der scheidende EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ist jedenfalls begeistert. Viele Augen sind auf Wien gerichtet, schier verblüfft gibt man sich über die Wandlungsfähigkeit des ehemaligen und zukünftigen Kanzlers der Republik. Uns verblüffen eher die Verblüfften als Kurz. Der ist so, und das geht so.

Das Undenkbare denken

NATO Europa hat für die USA an Bedeutung verloren, und es könnte sich selbst verteidigen. Ist die Allianz überhaupt noch nötig?

■ Hans-Georg Ehrhart

Groß schien die Erleichterung. Der NATO-Gipfel in London hat nicht zum großen Zerwürfnis geführt. Man war sich einig, sich nicht einig zu sein. Etwas bei der Reaktion auf den rechtswidrigen Einmarsch der Türkei in Syrien. Stattdessen verständigten sich die Teilnehmer darauf, weiter aufzurüsten, den Weltraum als Operationsgebiet und China als neue Herausforderung zu betrachten. Gleichwohl wird das Undenkbare denkbar: Eine Welt ohne NATO, aber mit einem souveränen Europa.

Den entscheidenden Anteil daran hat Präsident Trump, der das Bündnis bereits im Vorjahr für obsolet erklärte. Er lobte es zwar diesmal, doch lassen US-Diplomaten keinen Zweifel: Entweder die NATO bewegt sich in die richtige Richtung oder sie verliert ihre Existenzberechtigung. Frankreichs Präsident ließ in London von seiner Diagnose nicht ab, die Allianz sei hinrot. Nicht nur aus Berlin schallte es daraufhin laut: Ohne NATO ist Europa nicht zu verteidigen. Das mag gegenwärtig stimmen, aber was heißt das für die Zukunft?

Das Undenkbare denken war einst der Titel einer Festschrift zum 70. Geburtstag von Egon Bahr am 19. März 1992. Darin ehrten Weggefährten einen Mann, der strate-

gisch denken konnte. Bahr hatte mit seiner Tutzingener Rede von 1963 einen veritablen Strategiewechsel vorgedacht, der statt des Kalten Krieges auf Entspannung und – über Blockgrenzen hinweg – auf gemeinsame Sicherheit in Europa setzte. Ein Ergebnis war die Lösung der deutschen Frage, was freilich daran gebunden war, dass die gesamtdeutsche Bundesrepublik strikt in der NATO verankert blieb. Dann aber mutierte dieser Pakt vom Verteidigungs- zum Interventionsbündnis. Zugleich blieb Europa US-Protoktorat. Beides beklagte Bahr bis zu seinem Lebensende 2015.

Trumps Protektorat

Dann geschah etwas Unerwartetes: Donald Trump stellte das Protektorat offen in Frage, indem er de facto die Geltung der Verteidigungszusage mit der Höhe europäischer Verteidigungsetats verband. Es gab dafür zwei Gründe: Europa hat für die USA an Bedeutung verloren, in Washington widmet man sich vielmehr dem Konkurrenten China. Folglich wollen die USA von Europa entlastet und in ihrer Eindämmungsstrategie gegenüber China unterstützt werden. Das heißt, die europäischen NATO-Staaten, allen voran Deutschland, sollen so stark aufrüsten, dass sie in der Lage sind, Russland ohne umfassende US-Hilfe in Schach zu halten. Natürlich bleiben die USA in geringerem Umfang präsent und halten ihre nukleare Schutzusage aufrecht. So bleibt das geostrategische Interesse, die europäische Küste zu kontrollieren, aber mehr Kapazitäten für den Machtkonflikt mit China freizusetzen. Wenn Europa NATO-Staaten dann noch militärisches Potenzial nach Asien verla-

gern – umso besser. Die Befürworter eines solchen Engagements argumentieren, nur so bliebe das Bündnis langfristig für die USA relevant. Auch müssten im indopazifischen Raum die Seewege gesichert werden. Damit werden nicht nur hohe Kosten in Kauf genommen. Indem man sich im amerikanischen-chinesischen Machtkampf positioniert, wird das Entstehen eines neuen Systemkonflikts gefördert.

Sollte es stimmen, dass die NATO ihre Existenzberechtigung verliert, wenn sie sich nicht nach Asien ausdehnt, dann steht Europa vor der Wahl, sich entweder in die amerikanisch-chinesische Rivalität einzureihen oder selbst für seine Sicherheit zu sorgen. Russland geht seinen Weg, China sowieso, die USA ebenfalls, ob Europa mitzieht oder nicht. Es ist also an der Zeit, das Undenkbare zu denken: Ein Europa, das seinen Vasallenstatus ablegt und seine Sicherheit ohne die NATO gewährleistet.

Sollte es deshalb zur militärischen Großmacht werden, die nur das Sicherheitsdilemma wechselseitiger Auf- und Nachrüstung verstärkt? Notwendig wäre vielmehr eine Friedensmacht Europa, die auf hinreichende Verteidigungsfähigkeit und gemeinsame Sicherheit auch mit nichtdemokratischen Systemen setzt. Selbst wenn die EU noch weit davon entfernt ist, ein solches Europa zu sein, könnte Egon Bahrs Formel vom „Wandel durch Annäherung“ eine passende Strategie sein, das Undenkbare nicht nur zu denken, sondern auch umzusetzen.

Hans-Georg Ehrhart promovierte 1986 über *Die „deutsche Frage“ aus französischer Sicht*. Er ist heute Senior Research Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Politik hoch drei gegen heiße Luft und CO₂



www.blaetter.de

Ab 69 Euro!

Der neue »Blätter«-Reader zur Klimakrise

Mit Beiträgen von Naomi Klein, Greta Thunberg, Bill McKibben, Jonathan Safran Foer, Ulrich Brand, Harald Welzer, Christiane Grefe, Julia Fritzsche, Markus Wissen, Jürgen Scheffran, Kate Raworth, Tanja Busse, Elmar Altvater u.v.a



Für 18 Euro im Buchhandel und auf www.blaetter.de